Einzel-Nr.: 20 Goldpfg. = 200 Milliarden M.

Fern-Ausgabe

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland für Monat Februar 4 Goldm.; Ausland 6.50 Goldm. einschließlich Porto. Erscheint täglich morgens, außer Montags. Höh. Gewalt schließt Erfüll. aus. Schriftleit., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernspr. Ortsgespr. Sammel-Nr.: 70811. Fernsprr. 17989-17992); ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt- (Stadt- u. Volks-) Auflage: Die 12gespaltene 24 mm breite mm-Zeile zweiundzwanzig Goldpfennige. Familienanzeigen von Privaten mm-Zeile sechs Goldpfennige. Gelegenheitsanzeigen, Stellengesuche, Reklamezeilen usw. nach Tarif. Preisnachlaß bei Abschluß. Platz- und Datenvorschriften unverbindlich. Für das Ausland entsprechender Aufschlag. Erfüllungsort Leipzig. Postscheck-Konto Leipzig 3004.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig.

Nr. 42 — Verantwortlich für den Text: Chefredakteur P. Goldstein, Leipzig. Verantwortlich für Inserate: Oswald Müller, Leipzig-Plagwitz. Druck u. Verlag Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H. vorm. Fischer & Kürsten. — Sonntag, den 17. Februar 1924 — Berliner Schriftleitung: Hochstraße 21 (Fernsprecher 3600—3663). Dresdner Schriftleitung: Loschwitz, Schillerstr. 35 (Fernspr. 34793). Hallesche Schriftleitung: Leipziger Straße 21 (Fernsprecher 8588). — 118. Jahrg.

Für und wider

16. Februar.

lz. Den Sachverständigen ist die Aufgabe gestellt, die Voraussetzungen zu prüfen, unter denen eine Sanierung Deutschlands möglich ist. Sie haben dabei die Möglichkeit, die Sanierung als einheitlichen Komplex zu betrachten, während wir Deutschen sie als etwas schrittweise zu Erreichendes ansehen müssen. Denn wir müssen davon absehen, von vornherein mit fremder Hilfe zu rechnen, und aus eigener Kraft können wir uns nur allmählich dem erstrebten Ziele nähern. Der nächste Schritt auf dem Wege zur Sanierung ist, wie allgemein anerkannt wird, die Errichtung einer Goldnotenbank. Deshalb steht dieses Problem bei uns weitaus im Vordergrunde des Interesses, und es ist leicht begreiflich, wenn vielfach angenommen wurde, daß diese Frage auch im Vordergrunde der Berliner Sachverständigenberatungen stehen würde. Die Nachrichten, die in der letzten Zeit über das Ergebnis der Beratungen durchgesickert sind, lassen jedoch erkennen, daß dies durchaus nicht der Fall ist. Schon die letzte Erklärung des ersten Sachverständigenausschusses und die darauf erfolgte Antwort Schachts gaben der Vermutung Raum, daß das Goldnotenbankprojekt der Sachverständigen von dem Schachtschen verschieden und diesem übergeordnet sei. Die gestrige Meldung über eine prinzipielle Einigung zwischen den Plänen der Experten und des Reichsbankpräsidenten, läßt diese Vermutung zur Gewißheit werden. Das Schachtsche Entwurf ist eben nichts anderes als der nächste Schritt auf dem Wege zur Sanierung Deutschlands, dem noch weitere Maßnahmen folgen müssen, während der Plan der Sachverständigen schon der letzte Schritt ist. Bei ihnen ist das Goldnotenbankprojekt eng verknüpft mit einer endgültigen Regelung der Reparationsfrage überhaupt und ihre Goldnotenbank ist nur ein Teil der Maßnahmen, die sie zur Regelung des Gesamtproblemes: Deutschland vorschlagen werden.

Es ist begreiflich, daß sich die Sachverständigen, wenn sie sich an die Lösung der Reparationsfrage heranwagen, überwiegend die deutsche Auffassung zu eigen machen und damit den guten Willen anerkennen müssen, den Deutschland bisher gezeigt hat. Aber es ist ebenso leicht einzusehen, daß die Aufrollung der Reparationsfrage der Verwirklichung des Goldnotenbankprojektes nicht gerade förderlich ist. Denn die Lösung der Reparationsfrage ist ein politisches Ziel, das nun schon jahrelang die Welt beschäftigt und das zu erreichen noch nicht gelungen ist. Ja, man kann nicht einmal mit Bestimmtheit behaupten, daß wir ihm bis jetzt überhaupt näher gekommen sind. Deshalb darf denn auch das Streben Deutschlands, aus eigener Kraft schrittweise auf dem Wege zur Sanierung vorwärts zu kommen, nicht erschlaffen, und es ist freudig zu begrüßen, daß Schacht sich schon wieder ins Ausland begeben hat, um die Errichtung seiner Goldnotenbank zu fördern. Peinlich bleibt nur, daß die Sorge, zu geordneten Verhältnissen zu kommen, nicht Allgemeingut des Volkes ist. Denn dazu würde es auch gehören, daß sich jeder nach Kräften daran beteiligt, Not und Elend, die die Inflationsperiode gebracht und die beginnende Sanierung unerträglich gesteigert haben, zu mildern. Und was wird wohl die Antwort auf die Frage sein, die das amerikanische Hilfskomitee an seine Berliner Vertretung gerichtet hat, was Herr Stinnes bisher zur Linderung der deutschen Not getan habe? Sie ist leider nicht zweifelhaft. Und wie Herrn Stinnes, so könnte man auch andere Inflationsgewinnler mit dem gleichen Erfolge fragen. Der Reichsfinanzminister aber erklärt, daß die Lösung der Frage, wie die Inflationsgewinne für die notleidenden Reichsfinanzen dienstbar gemacht werden könnten, noch keine Fortschritte gemacht habe. Dafür zeichnet er verantwortlich für eine Steuernotverordnung, die eine Aufwertung aller Markschulden auf nur 15 Prozent zuläßt und damit Not und Elend noch verstärkt.

Wir dürfen annehmen, daß die Sachverständigen sich in Berlin darüber ein ebenso richtiges Urteil gebildet haben, wie über die Fragen, deren Lösung ihnen aufgetragen worden ist. In der Reparationsfrage haben sie sich, wie es scheint, dem deutschen Standpunkte genähert und damit zum Ausdrucke gebracht, daß dieses Land immer bestrebt war, zu einer überhaupt noch tragbaren Lösung zu kommen.

Die Befreiung der Rheinpfalz

Speyer, 16. Februar. (Eig. Tel.) Die politische Situation in der Pfalz hat sich überraschend schnell geändert. Seit heute ist die sogenannte „autonome Regierung der Pfalz" tatsächlich beseitigt. Die von den Separatisten gefangen gehaltenen Beamten der Pfalzregierung sind freigelassen worden, und man erwartet den Abzug der separatistischen „Truppen" in den nächsten Stunden. Ein Teil der bisherigen Separatistenführer hat Speyer in der Nacht heimlich verlassen.

Die Vertreter der interalliierten Rheinlandkommission verhandeln mit den in Speyer anwesenden Regierungsmitgliedern über die sofortige Uebernahme der Geschäfte durch eine provisorische Regierung. Zu den Verhandlungen ist auch der Kreisausschuß der Pfalz zugezogen worden. Es handelt sich nicht darum, die Regierungsfrage endgültig zu lösen, die Entscheidung hierüber dürfte erst später, und zwar nach weiteren Verhandlungen zwischen London und Paris, fallen. Vorläufig ist ein Provisorium geschaffen, d. h. dafür gesorgt worden, daß die Verwaltungsmaschine sofort wieder in Gang kommt. Es verlautet, daß die vollziehende Gewalt vorübergehend einem Direktorium übertragen werden soll, das aus dem Kreisausschuß und den bisherigen Regierungsmitgliedern der legalen Regierung bestehen soll. Dieses Direktorium wird noch im Laufe des Tages sich mit einem Aufruf an die Pfalz wenden. Es bestätigt sich demnach die von Reuter verbreitete Nachricht, daß als Ergebnis des zwischen London und Paris stattgefundenen Meinungsaustausches eine Lösung vorgeschlagen wird, die dem Kreisrat der Pfalz einen großen Teil der Rechte einräumen wird, die bisher die Regierung gehabt hat.

*

Das Martyrium der Rheinpfalz hat sein Ende erreicht. **Frankreich zieht seine Hand von** den Separatistenhorden ab, bringt das Gesindel auf den Schub, fordert die Wiederkehr einer gesetzmäßigen Verwaltung und verzichtet auf eine Fortsetzung seiner Bestrebungen, das linksrheinische Stück Bayern vom Reich oder von dem bayrischen Kernland loszulösen. Anspruch auf Dank erwerben sich die Franzosen durch diese Umstellung selbstverständlich nicht. Ihr bisheriges Regime in der Pfalz ist so schändlich gewesen, daß seine bloße Beseitigung der Gerechtigkeit auch nicht im entferntesten Genüge tut. Zu Dank ist die Bevölkerung der Pfalz und mit ihr das ganze deutsche Volk England gegenüber verpflichtet, denn die amtlichen Stellen von London haben das Lügengewebe, hinter dem die Franzosen ihre Annexionsgeschäfte betrieben, durch eine genaue Untersuchung der Verhältnisse zerrissen und dann hat das Kabinett Macdonald durch diplomatischen Druck auf Paris den Abbau der französisch-separatistischen Schreckensherrschaft erzwungen. Dieser hätte sich praktisch vielleicht nicht so rasch und gründlich vollzogen, wenn nicht die kriminellen Schützlinge des edlen Frankreich kurz vor Torschluß die angesammelte Erbitterung des gepeinigten Volkes zur Entladung gebracht hätten. Die sittliche Entrüstung, die die französische Oeffentlichkeit angesichts der Volksjustiz von Pirmasens und Dürkheim produziert hat, ist einfach widerwärtig, denn über die Anlässe dieser blutigen Akte ist man in Frankreich mit der gleichen Diskretion hinweggegangen, mit der man zuvor die sadistischen Untaten französischer Militärpersonen in Mainz, in Buer, in Recklinghausen und an soundso viel andern Plätzen des besetzten Gebiets totschweigen zu können glaubte!

Doch die Hauptsache bleibt, daß der friedlichen deutschen Pfalz der Friede wiedergegeben wird. Die Dauer dieses Friedenszustandes wird von dem Grad der Wachsamkeit abhängen, mit dem England den Franzosen weiterhin auf die Finger schauen wird. Die Kontrolle wird ziemlich scharf sein müssen und sie wird sich keineswegs auf das Gebiet beschränken dürfen, das jetzt von England aus den Klauen eines Verbrecher-Regimes befreit worden ist. Eine hohe Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß Frankreich, das ja in der Verfolgung seiner machtpolitischen Ziele ebenso zäh wie dreist ist, auf irgendeine Weise versuchen wird, die pfälzische Scharte auszuwetzen und sein beschädigtes „Prestige" wieder zu flicken. Ramsay Macdonald hat nun freilich für sein persönliches Handeln die Prestige-Erwägungen von der Liste der statthaften Antriebe gestrichen und deshalb ist zu hoffen, daß er auch den Franzosen nicht erlauben wird, derartige Gesichtspunkte geltend zu machen. Man darf wohl auch die Zuversicht hegen, daß das Verständnis des englischen Premierministers für das französische Sicherheitsverlangen an der Linie Halt macht, wo das französische Hegemonie-Streben beginnt. Tatsächlich liegen heute die Dinge doch so, daß das entwaffnete Deutschland gegen die erneute machtpolitische Offensive Frankreichs gesichert und geschützt werden muß. Frankreich ist — zum wievielten Mal seit der Ottonenzeit? — im Angriff gegen den östlichen Nachbar. Daran wird durch die faustdicken Lügen, mit denen Herr Poincaré das moralische Ansehen seines Landes zu mehren trachtet, kein Jota geändert. B—l.

Die Sachverständigen-Vorschläge

Paris, 16. Februar. (Eig. Tel.) Die Mitglieder des ersten Sachverständigenausschusses haben gestern abend bei ihrer Ankunft in Paris jede Aeußerung über ihre Berliner Tätigkeit abgelehnt. Ein Mitarbeiter des „Intransigeant", der von der belgischen Reparationsdelegation unterrichtet zu werden pflegt, glaubt versichern zu dürfen, daß die Sachverständigen ihren Optimismus nicht aufgegeben haben. Wesentliche Meinungsverschiedenheiten beständen nicht. Das Blatt bezeichnet es als wahrscheinlich, daß die Sachverständigen in der nächsten Woche den Rheinlandkommissar Tirard und eine Reihe von französischen, belgischen, englischen und italienischen Bankiers anhören würden. Die Sachverständigen hoffen angeblich, ihre Untersuchungen im ersten Drittel des Monats abschließen zu können.

Ein Mitarbeiter der „Information", der oft von der französischen Reparationsdelegation Nachrichten bekommt, bezweifelt, daß die Sachverständigen vollen Einblick in das deutsche Budget erhalten haben. Dagegen ist nach seinen Mitteilungen außer der Frage der Goldnotenbank auch die Eisenbahnfrage während des Berliner Aufenthaltes ihrer Lösung näher gebracht worden. Der englische Eisenbahnsachverständige Sir William Acworth und sein französischer Kollege Lefèvre hätten sich nach schwierigen Verhandlungen über eine gemeinsame Stellungnahme zu den verschiedenen aufgeworfenen Fragen einigen können. Es sei anzunehmen, daß die beiden Fachleute in Berlin die Auffassung vertreten hätten, der Fehlbetrag im Budget könne sich nicht vermindern, solange die rheinisch-westfälischen Eisenbahnen von dem übrigen Reichsbahnnetz abgetrennt seien.

Der „Temps" verlangt, daß England und Amerika nicht nur an den finanziellen Wiederaufbau Deutschlands denken, sondern auch Interesse für die Sanierung der Finanzen Frankreichs und Belgiens zeigen. Das Blatt fordert die französische Regierung auf, endlich ein klares Programm bekannt zu geben, damit die Möglichkeit für eine französische Anleihe in London und New York geschaffen werde.

Die Blätter veröffentlichen Uebersichten über die angeblichen Schlußfolgerungen, zu denen die Sachverständigen kommen. Nach Pertinax im „Echo de Paris" scheinen die Sachverständigen der Meinung zu sein, daß Deutschland in der Lage ist oder wenigstens fast in der Lage ist, sich aus eigenen Mitteln wieder zu erheben. Die Zahlen, die der zweite Sachverständigenausschuß über die deutschen Guthaben im Auslande aufgestellt habe, scheinen über alle bisherigen Abschätzungen hinauszugehen. Hinsichtlich eines Moratoriums scheine alles darauf hinzudeuten, daß es nur für sehr kurze Zeit empfohlen werden würde, nur für etwa zwei Jahre, und daß es außerdem nicht notwendig erscheine, das Moratorium auch auf Sachlieferungen auszudehnen. Vom deutschen Budget erwartet man, wenn es ins Gleichgewicht gebracht sei, einen Ueberschuß von 4,5 Milliarden Goldmark. Hinsichtlich des Ruhrgebiets scheine sich nichts in den Weg zu stellen, daß der augenblickliche Zustand auch weiterhin bestehen bleibe, allerdings unter gewisser Anpassung der Einzelheiten an die Gesamtlage. Es würde genügen, meint Pertinax, festzusetzen, daß, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nachkomme, die französisch-belgischen Dienststellen die von ihnen erhobenen Einnahmen mit Ausnahme der Sachlieferungen während des Moratoriums einfach wieder in die Kassen des Reiches zurückleiten würden.

*

Bei der strengen Wahrung des Geheimnisses müssen die bisherigen Pressenachrichten über die Ergebnisse der Berliner Untersuchungen mit größter Vorsicht aufgenommen werden. Die heutigen Artikel der Pariser Blätter werden mit dem Hinweis auf die angeblichen Indiskretionen der Berliner Presse begründet und sind offenbar mehr zur Beruhigung des französischen Publikums als zur Fixierung der endgültigen Stellungnahme Frankreichs inspiriert worden.

Der englische Delegierte in der Reparationskommission, Sir John Bradbury ist nach London gereist, um mit Ramsay Macdonald über bestimmte Einzelheiten des Sachverständigenberichtes zu beraten.

Preis-Abbau!

Der Briefträger kommt in diesen Tagen zu unseren Postbeziehern, um den

Bezugspreis für März

zu kassieren. Dieser wurde auf

Mark 3.—

herabgesetzt!

Wir bitten, das März-Abonnement rechtzeitig bis 25. Februar zu erneuern, da nach dieser Zeit der Briefträger für das Vorzeigen der Quittung eine Extragebühr einzieht.

Leipziger Tageblatt
Verlag.

Berliner Stimmungen

Von unserem Berliner Vertreter.

R Berlin, 16. Februar.

So wird also am kommenden Mittwoch der so oft und intensiv totgesagte Reichstag aufs neue zusammentreten und vielleicht seine angebliche Lebensunfähigkeit praktisch ebenso widerlegen wie die Behauptung der Unzulänglichkeit des Parlamentarismus im allgemeinen. Denn nach allem, was man über die Stimmung im Reichstag hört, fühlt sich dieser durchaus lebendig und auch die in jedem Fall nahen Neuwahlen vermögen offenbar nicht, ihn einzuschüchtern; im Gegenteil: bei der Gewißheit, daß er doch nicht mehr lange zu leben hat, läßt ihn die Drohung einer etwaigen früheren Auflösung weit kühler, als das vor einigen Monaten noch der Fall war. . . .

Die Feinde des Parlamentarismus haben nun beinahe drei Monate lang ihren Willen gehabt: drei Monate lang ist ohne Parlament, nur auf dem diktatorischen Verordnungswege regiert worden. Was ist anders, was ist besser geworden? Es ist am Reichstag, hier über Rechenschaft zu fordern, hierauf Antwort zu geben. Muß er in Demut die Unterlegenheit seiner Methoden eingestehen? Ernsthaft wird sich das nicht behaupten lassen.

Denn das einzige wirklich wesentliche, einstimmig als rettend anerkannte Ereignis dieses Zeitabschnitts: die vorläufige Stabilisierung der deutschen Währung durch der Rentenmark und der unerschütterlichen Energie des jetzigen Reichsbankpräsidenten, ist ja nur Ergebnis einer Entwicklung, die aus der Initiative des Reichstags hervorgegangen ist, ist Auswirkung jener Augusttage, in denen der Reichstag — fünf Minuten vor zwölf — sich dazu aufraffte, dem unselig sich hinschleppenden Cuno-Regime ein Ende zu bereiten.

Was sonst in diesen Monaten der Selbstausschaltung des Parlaments geschafft wurde, ist nicht geeignet, ihm großen Respekt abzunötigen. Rein quantitativ zwar hat das Kabinett Marx eine ungeheure Leistung hinter sich gebracht — mehr als 70 zum Teil sehr umfangreiche Verordnungen zeugen von einem Fleiß und einem redlichen Willen, den ihm niemand bestreiten kann. Ob der aber steht zur Menge dieser Arbeit ihre Qualität in schroffem Gegensatz. Es sind, angeblich unter dem Druck der Finanzlage des Reichs, Entscheidungen getroffen worden, die so schematisch über Grundrechte der breiten Volksmassen hinweggehen, daß die Volksvertretung sie unmöglich ohne Widerspruch wird hinnehmen können. Es gehören hierher (nachdem man einen

Dollarparitäten an Auslandsbörsen

in Billionen Mark	16. Februar	15. Februar
Zürich	4.6	4.7
Amsterdam	4.6	4.6
London	4.5	4.6
Prag	—	4.6
New York (Vorbörse)	4.5	4.5
„ „ (Nachbörse)	—	4.5

Amerikanischer Geldmarkt

* Sonderkabel

Geldkurse der Vorbörse

	Vorbörse 16.	Parität in Billiarden 16.		Vorbörse 16.	Parität in Billiarden 16.
Berlin	5.000000002	4545			
London	428.75	19943	Amsterd.	3733	1697
Paris	417.75	199	Prag	290.75	132
Mailand	433	167	Kopenhg.	—	—
Zürich	1738	790	Stockh.	—	—
			Christ.	1318	599